

„Wer nicht ausbildet, wird umgelegt“

Die Wirtschaftsjunioren Deutschland als bundesweit größter Verband junger Unternehmer und Führungskräfte orientieren sich am „Ehrbaren Unternehmertum“. Was dies konkret im Alltag bedeutet, diskutiert Tino Barth, Mitglied im WJD-Bundesvorstand, mit dem Unternehmer-Urgestein Hans Wall sowie den jungen Bundestagsabgeordneten Caren Lay (LINKE), Lisa Paus (GRÜNE) und Swen Schulz (SPD).



Caren Lay: Als verbraucherpolitische Sprecherin der LINKEN freue ich mich sehr, dass die Wirtschaftsjuden das Thema „Ehrbarer Unternehmer“ gesetzt haben. Ich würde mir wünschen, dass sich mehr Unternehmen an diesem Leitbild einer modernen, nachhaltigen, ökologischen Wirtschaft orientieren würden – davon sind wir derzeit leider noch ein ganzes Stück entfernt. Ein ehrbarer Unternehmer übernimmt Verantwortung für sein Unternehmen ebenso wie für seine Beschäftigten. Er zahlt Löhne, von denen die Menschen auch leben können. Er engagiert sich im Gemeinwesen. Diese Eigenschaften müssen sich auch in einem demokratisch geprägten Führungsstil niederschlagen.

Lisa Paus: Das Thema „Ehrbarer Unternehmer“ ist mir de facto in die Wiege gelegt worden: An meinem Geburtstag hat mein Vater das Grundstück gekauft, auf dem er erfolgreich seine Selbstständigkeit begonnen hat. Inzwischen führen meine beiden Brüder das Maschinenbauunternehmen mit mehr als 80 Beschäftigten. Auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind, habe ich grundsätzlich ein positives Unternehmerbild. Ich freue mich, dass dies auch in meiner Partei verankert ist. Ich finde es begrüßenswert, dass sich die Wirtschafts-

juden für die typisch mittelständischen Werte des „Ehrbaren Unternehmertums“ stark machen. Aus „grüner“ Sicht würde ich mir wünschen, dass Unternehmer ihr soziales Engagement stärker auf ihren Betrieb ausweiten. Denn Verbraucher setzen heute bei ihren Konsumentenscheidungen mehr und mehr soziales sowie ökologisches Engagement bei den Unternehmen voraus.

Wie können Unternehmer und Politik die Weichen stellen auf nachhaltiges, Wirtschaften mit verbindlichen ökologisch-sozialen Standards?

Diese Frage erörtern Caren Lay, Hans Wall, Lisa Paus, Swen Schulz und Tino Barth (v. l.).





“Uns geht es um einen fairen Lastenausgleich – etwa in Form einer Ausbildungsumlage – zwischen ehrbaren, mittelständischen Unternehmen, die überproportional ausbilden, und solchen, die die Mühen der Ausbildung scheuen.” Swen Schulz

Hans Wall: Dem, was ich bisher von Ihnen gehört habe, kann ich nur zustimmen. Für mich ist der „Ehrbare Unternehmer“ eine Selbstverständlichkeit. Ich habe mich immer dem Wettbewerb gestellt. Ich war stets der Überzeugung, dass derjenige, der das beste Produkt zu den besten Konditionen anbietet, auch den Zuschlag bei Ausschreibungen erhält. Meine Idee der „Stadtmöblierung“ habe ich vor 35 Jahren als erster

in Deutschland umgesetzt und so attraktive Außenwerbungsstandorte für Werbekunden angeboten. Für mich ist soziales Engagement selbstverständlich. Es macht mir ganz einfach Spaß, wenn ich beispielsweise die von meinem Unternehmen gesponserte Weihnachtsbeleuchtung am Berliner Kuhdamm hell strahlen sehe. Als Unternehmer – ob groß, klein oder mittelständisch – müssen wir etwas für unsere Gesellschaft tun. Wenn

ich Unternehmer sehe, die mit ihren Gewinnen ins Ausland gehen, da fehlt mir ganz einfach der Patriotismus! Dass mittelständische Unternehmer – also gerade die Kräfte, die für unser Land am meisten bewegen – von den Banken derzeit so im Stich gelassen werden, das finde ich traurig. Ebenso falsch ist es aus meiner Sicht, dass Unternehmen, die vor Ort produzieren, bei Ausschreibungen nicht bevorzugt werden.



Sven Schulz: Ehrbares Unternehmertum, das hat für mich etwas damit zu tun, dass sich Unternehmen darum kümmern, dass junge Menschen ausgebildet werden. Anstatt sich darauf zu verlassen, dass dies jemand anderes für sie erledigt, um sich dann umso heftiger über mangelnden Fachkräftenachwuchs zu beklagen. Ich weiß von Ihnen, Herr Wall, dass Sie stets ein cleverer, innovativer Geschäftsmann waren beziehungsweise sind. Es gibt jedoch auch eine Vielzahl von Projekten, bei denen Sie sich fernab aller Geschäftsinteressen engagiert haben, etwa für Brennpunkt-Schulen. Das kann man natürlich nicht von jedem Unternehmer erwarten, aber dies ist ein gutes Beispiel für ehrbares Handeln.

Tino Barth: Herr Wall, Sie als erfolgreichen wie ehrbaren Unternehmer würde ich gerne fragen, was sich an den politischen Rahmenbedingungen für Selbstständige ändern muss.

Wall: Das betrifft zunächst einmal die Finanzierung. Ein innovatives Unternehmen, das vor Ort produziert wie die Wall AG, braucht auch die schützende Hand der Politik. Die habe ich in meinem Fall vermisst, als ich um die Zukunft und die Unabhängigkeit der Wall AG kämpfte. Wenn starke Mittelständler nicht die Chance zu wachsen bekommen, besteht die Riesengefahr einer Monopolisierung. Dagegen müssen sich die Politiker mit aller Kraft stemmen. Die Grünen waren damals übrigens die einzigen, die sich für uns stark gemacht haben. Eigentlich hätte man dies eher von der CDU oder FDP erwartet.

Einen dicken Mercedes fahren und anderen etwas schuldig bleiben – das funktioniert nicht.

Hans Wall



Lay: Das Thema „Banken und Finanzierung“ ist ein guter Anknüpfungspunkt. In der Krise haben sich viele Banken vom Staat – und damit der öffentlichen Hand – sanieren lassen. Und jetzt, da sie wieder ihren Profit machen, handeln sie gegen das öffentliche Interesse und sorgen für eine Kreditklemme, die besonders stark die mittelständischen Betriebe trifft. Für einen „ehrbaren Unternehmer“, der um jeden Arbeitsplatz kämpft, stellt dies ein großes Problem dar. Grundsätzlich gilt: Wer die Hand aufhält beim Staat, hat umgekehrt auch eine große Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen. In der Ausschreibungs- und Vergabepolitik werden derzeit leider Chancen vertan, eine ökologische, nachhaltige und soziale Wirtschaft gezielt zu fördern. Dies ist sicherlich zum Teil auch EU-Vorgaben geschuldet. Unsere Position ist es, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden dürfen, die ihre Arbeitnehmer angemessen bezahlen – Stichwort „Mindestlöhne“. Das würde „ehrbare Unternehmer“ unterstützen. Die bisherigen Gesetze hingegen belohnen Lohndumping.

Barth: Was macht für Sie, Frau Paus, als Unternehmertochter einen „Ehrbaren Unternehmer“ aus?

Paus: Die Finanzkrise hat gezeigt, dass man in vielen Konzernen und Großbetrieben ehrbares Unternehmertum vergeblich

Als junge Unternehmer und Führungskräfte engagieren sich die Wirtschafts-junioren besonders im Bereich Bildung.

Tino Barth

sucht. Im Gegensatz zum Mittelstand! Wie stark die Kreditklemme die Handlungsspielräume für ehrbare Mittelständler einschränkt, hat Herr Wall eindrucksvoll beschrieben. Ich sehe viele Gemeinsamkeiten bei den Interessen von mittelständischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Daher finde ich das Engagement der Wirtschaftsjunioren als ehrbare Unternehmer richtig. Dies wird umso wichtiger, da die jetzige schwarz-gelbe Regierung die Ursachen für die Finanzkrise mitnichten beseitigt. Das wird sich auch nicht durch den Einsatz von Kreditmediatoren ändern; das Casino der Zocker ist längst wieder eröffnet. Hier besteht ein massives Defizit an Regulierung, um der sozialen Marktwirtschaft wieder auf die Beine zu helfen.

Barth: Als junge Unternehmer und Führungskräfte engagieren sich die Wirtschaftsjunioren besonders im Bereich Bildung. Herr Schulz, was müssen die Unternehmer aus Ihrer Sicht tun, damit

wir auf diesem Gebiet Fortschritte machen?

Schulz: Im Bereich Bildung stehen wir vor einer großen Herausforderung, um es positiv auszudrücken. Als rohstoffarmes Land liegt unsere wichtigste Ressource in den Köpfen der Menschen. Diese Schätze können wir nur heben, wenn wir über ein funktionierendes Bildungswesen verfügen. Da muss es unser Anspruch sein, weltweit an der Spitze zu stehen. Dass wir davon noch ein ganzes Stück entfernt sind, ist uns allen spätestens seit dem „PISA-Schock“ klar. Konsequenz: Wir – das heißt: die öffentliche Hand – müssen deutlich mehr in Bildung investieren. Darüber hinaus gibt es aber natürlich auch eine private Verantwortung. In ihrem eigenen Interesse sind die Unternehmen gefordert, hier ihren Beitrag zu leisten. Da trennt sich jedoch die Spreu vom Weizen zwischen verantwortungsvollen Unternehmen, die auch unter schwierigen Bedingungen ausbilden,

und solchen, die darin nur einen Kostenfaktor sehen. Uns geht es um einen fairen Lastenausgleich – etwa in Form einer Ausbildungsumlage – zwischen ehrbaren, mittelständischen Unternehmen, die überproportional ausbilden, und solchen, die die Mühen der Ausbildung scheuen. Dieser Vorschlag wurde bereits zu Zeiten der rot-grünen Regierung diskutiert, ist aber letztlich nicht umgesetzt worden. Die Jusos haben damals den Slogan geprägt „Wer nicht ausbildet, wird umgelegt“.

**Wenn ich den For-
derungskatalog der
Wirtschaftsjunioren
betrachte, kann ich
Ihnen in vielen Punk-
ten zustimmen.**

Caren Lay

Paus: Beim Thema „Wirtschaftskompetenz in der Schule“ ist der Stein der Weisen noch nicht gefunden. Ich selber habe dazu eine Projektgruppe betreut und dabei die Erfahrung gemacht, dass für viele Jugendliche die Berufswelt noch vollkommen fremd ist ...

Barth: Gerade in diesem Bereich sind wir Wirtschaftsjunioren sehr aktiv. Wir führen junge Menschen gezielt an die Berufs- und Arbeitswelt heran – und das in rund 100 Bildungsprojekten, mit denen wir 200.000 Schüler in ganz Deutschland erreichen.

Paus: Das ist durchaus ehrenwert. Nur hat sich in den zurückliegenden 20 bis 30 Jahren wenig geändert: Nur sieben bis acht Prozent eines Abschlussjahrgangs können sich vorstellen, als Unternehmer tätig zu werden. Deutschland steht hier im internationalen Vergleich sehr schwach dar. Nur eine relativ kleine Minderheit gründet



ein Unternehmen, weil sie vom eigenen Konzept, der eigenen Idee überzeugt ist. 60 bis 70 Prozent der Deutschen wagen den Sprung in die Selbstständigkeit, schlicht weil sie keine Alternative auf dem Arbeitsmarkt finden.

Lay: Die Grundidee „Wenn jemand eine gute Idee hat, kann er sich damit selbstständig machen und etwas bewegen“ klingt ja gar nicht schlecht. Nur sind wir davon in der Realität weit entfernt, allein schon weil unser Bildungssystem sehr selektiv ist, was die soziale Herkunft von Kindern betrifft. Seit der Bildungsexpansion in den 70er Jahren sind wir hier nicht weiter gekommen. Wenn ich den Forderungskatalog der Wirtschaftsjunioren betrachte, kann ich Ihnen in vielen Punkten zustimmen: Ganztagschulen wären sicherlich ein Instrument, um für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Dazu gehört ebenso ein längeres gemeinsames Lernen der Kinder.

Barth: Der Vorschlag der Wirtschaftsjunioren, das Angebot der Ganztagschulen bundesweit auszubauen, stößt in der Tat auf ein breites positives Echo.

Schulz: Wir sind uns ja im Grunde in allen politischen Lagern einig, dass Ganztagsangebote wichtig für die Schüler sind. Die Frage ist nur: Was passiert in dieser Zeit, welche Angebote gibt es? Ich könnte mir gut vorstellen, dass ein gestandener Unternehmer wie Sie, Herr Wall, den Kindern und Jugendlichen in diesem Rahmen das Thema Wirtschaft näher bringen könnte.

Wall: Genau das mache ich bereits – und zwar in allen Schulformen ...

Schulz: Vielleicht gibt es da ja Möglichkeiten, den Rahmen der Ganztagschulen zu nutzen, um den Austausch zwischen Unternehmern und Schülern, zwischen Bildung und Wirtschaft voranzubringen.

Barth: Herr Wall, im Zusammenhang mit dem ehrbaren Kaufmann wurde auch der Ausdruck „ein Mann – ein Wort“ geprägt. Können wir in der heutigen Wirtschaft überhaupt noch nach diesem Grundsatz handeln?

Wall: Wenn es nach mir geht, durchaus! Und: Niemandem etwas schuldig bleiben! Das gilt übrigens auch für das Finanzamt.

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass man in vielen Konzernen und Großbetrieben ehrbares Unternehmertum vergeblich sucht. Im Gegensatz zum Mittelstand! Lisa Paus

Wenn es mal „eng“ wurde, habe ich halt in Raten bezahlt. Einen dicken Mercedes fahren und anderen etwas schuldig bleiben – das funktioniert nicht.

Barth: Mich würde als Abschluss noch interessieren, wie verbinden Sie als Politiker das Thema „Ehrbares Unternehmertum“ mit ihrer täglichen Arbeit?

Lay: Ich mache es ganz konkret: In meinem Wahlkreis in Sachsen bin ich mit den von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen für die Solarindustrie konfrontiert. Dort sind zwei Unternehmen angesiedelt, die quasi als „zarte blühende Pflanzen“ zu einer nachhaltig, ökologisch wirtschaftenden Zukunftsbranche gehören. Ich versuche, diese Unternehmen mit meinen Möglichkeiten als Abgeordnete zu unterstützen, damit sie die wirtschaftliche Umstellung schaffen können.

Paus: Der so genannten Corporate Governance Kodex, der Transparenzrichtlinien für Aktienunternehmen vorgibt, der Datenschutz von Mitarbeitern in Unternehmen – all das sind Themen, die uns wichtig sind und die wir in der Politik aktiv begleiten. Durchaus im Sinne von „Vorantreiben“. Dazu gehören auch die Vergaberichtlinien von öffentlichen Aufträgen, die wir



so reformieren sollten, dass ökologische und soziale Standards verbindlich festgeschrieben werden. Allein 40 Milliarden gibt allein die Bundesregierung für öffentliche Beschaffungen aus. Mit einer Reform können wir ein Umdenken in die Wirtschaft tragen. Nicht als „Keule“, sondern als Anreiz, um Aufträge zu gewinnen.

Wall: Das finde ich nicht schlecht, das würde der deutschen Wirtschaft auch auf dem Weltmarkt helfen. Ich erkläre mich ausdrücklich solidarisch mit den Jusos: Wer nicht ausbildet, gehört „umgelegt“!

Schulz: Die Diskussion hat gezeigt: Unser Wunschkatalog an die ehrbaren Unternehmer ist lang. Dafür dürfen Unternehmer zu Recht etwas von der Politik erwarten. Wenn wir vom „ehrbaren Unternehmer“ reden, müssen wir im nächsten Atemzug auch über den „ehrbaren Politiker“ sprechen. Verlässlichkeit, das Prinzip „Ein Mann – ein Wort“ muss auch nach den Wahlen gelten. Unternehmen sollten sich darauf verlassen können, dass zugesagte Rahmenbedingungen auch eingehalten werden. Dazu gehört übrigens auch, dass der Eindruck, der zuletzt entstanden ist, Politik sei käuflich, unbedingt zu vermeiden ist.

Redaktion: Karsten Taruttis